



Tagungsbericht

Sicherheit statt Militarisierung in
Europa. Für eine Neubegründung
des Konzepts gemeinsamer
Sicherheit
4. – 5.10.2018, Berlin

Prof. Dr Hartmut Graßl,
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V

VTP 02/16-2018

Projektnummer: VTP 02/17 - 02/16-2018

Tagungsbericht zu dem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten Vernetzungs- und Transferprojekt

"Sicherheit statt Militarisierung in Europa. Für eine Neubegründung des
Konzepts gemeinsamer Sicherheit", 4. – 5. 10.2018 | Berlin

veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V., in
Kooperation mit dem Institut für Sicherheits- und Friedensforschung in
Hamburg (IFSH)

a. Leitfragen und Ergebnisse

1) Ziele der Tagung

Bei dem Vernetzungsprojekt handelt es sich um eine zweitägige öffentliche Tagung mit inhaltlich internationaler Ausrichtung, die von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in Kooperation mit dem Institut für Friedens- und Sicherheitsforschung in Hamburg durchgeführt wurde. Die Tagung nahm als Ausgangspunkt aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen und Spannungen: (1) Das angespannte Verhältnis zwischen Russland und dem Westen; (2) Die Auflösung oder Infragestellung bestehender Rüstungskontrollregime, insbesondere des INF-Vertrags, und der Gefahr eines daraus resultierenden Wettrüstens bzw. Renuklearisierung europäischer Sicherheit; (3) Die Fokussierung auf nukleare und konventionelle Abschreckungselemente der NATO und Russland anstatt auf kooperative Sicherheit (4) Das Näherrücken von militärischen Manövern an die Grenzregionen der EU, wie das Baltikum und das Schwarze Meer und (5) Die Bemühungen der EU um eine Neuorientierung der eigenen Verteidigungspolitik. Davon ausgehend fragte die Tagung nach den Möglichkeiten einer Neubegründung des Konzepts gemeinsamer Sicherheit als Lösungsoption diese Entwicklungen. Als Beitrag dazu wurden folgende Leitfragen für die wissenschaftliche Tagung identifiziert:

- Warum sind die Ansätze kooperativer Sicherheit in Europa, die in den 1980er und 1990er Jahren entstanden sind, gescheitert? Wo liegen heute die Hauptkontroversen über den Charakter der europäischen Ordnung und deren Weiterentwicklung?
- Werden vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Spannungen alle früheren Überlegungen zu einer Politik der Entspannung, Vertrauensbildung und Kooperation gegenstandslos?
- Wie können das transatlantische Verhältnis und die Rolle der EU als sicherheitspolitischer Akteur neu gestaltet werden? Muss und kann Europa einen eigenständigen Weg in der Sicherheitspolitik gehen?

- Bleibt (EU-) Europa (auch angesichts des entsprechenden Drucks von Seiten der gegenwärtigen US-Administration) nur eine Politik der Aufrüstung? Welche Alternativen gibt es zu einer solchen Politik?
- Verweisen die Ansätze einer kooperativen, inklusiven (und insofern „gemeinsamen“) Sicherheitspolitik, wie sie in der Charta von Paris verabschiedet wurden, auf einen denk- und machbaren Ausweg aus der gegenwärtigen Tendenz zur fortschreitenden Konfrontation? Wäre es eher angemessen auf die Entspannungspolitik im Kalten Krieg zurückzugreifen. Lassen sich beide Ansätze in sinnvoller Weise kombinieren und weiterdenken?
- Wie können Wissenschaft und Politik kooperieren, um neue konzeptionelle Ansätze und organisatorische Strukturen für eine kooperative Sicherheit innerhalb der Region, im Verhältnis zu Russland und auf globaler Ebene zu entwickeln?

Ziel der Tagung war es, die Fachdiskussion über diese Fragen weiter voranzutreiben und in Verbindung mit der Etablierung einer Studiengruppe der VDW zur gemeinsamen Sicherheit in Europa eine themenspezifische Vernetzung unterschiedlicher Expertisen (Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft) zur Stärkung inklusiver (statt abgrenzender) Ansätze der Sicherheitspolitik zu stärken.

2) Zielgruppen und Zielgruppenresonanz

Das Vernetzungsprojekt wendete sich an (1) WissenschaftlerInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen, (2) PolitikerInnen und politische Institutionen und Organisationen sowie an die (3) interessierte Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Zielgruppen ergaben sich aus dem Anspruch, möglichst unterschiedliche Akteure aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenzubringen und deren Austausch anzuregen sowie in der Fachöffentlichkeit einen Prozess des Neudenkens des Konzepts gemeinsamer Sicherheit anzustoßen. Als Folgewirkung der thematisch breit angelegten Tagung wurde eine Öffnung der Diskussion um die Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa angestrebt, als Kontrapunkt zu der derzeitigen Verengung der Auseinandersetzung auf den Ausbau der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in (EU-) Europa (PESCO). Die Erörterungen der Tagung wurden durch die Etablierung einer VDW-Studiengruppe "Europäische Sicherheit und Frieden" in einen längerfristig angelegten Arbeitsprozess überführt.

Die verschiedenen Zielgruppen wurden jeweils gezielt adressiert. Die zum Thema forschende wissenschaftliche Community wird über entsprechende disziplinäre und thematisch fokussierte Mailinglisten über die Jahrestagung informiert. Eine gezielte Verschickung von Flyern sowohl an einschlägig arbeitende wissenschaftliche Institutionen und Studiengänge als auch an thematisch relevante zivilgesellschaftliche Organisationen wird weitere Personenkreise ansprechen. Ein großer Pool der interessierten Öffentlichkeit wird über die Verteiler der VDW-Jahrestagungen sowie weiterer thematisch verwandter Veranstaltungen der vergangenen Jahre adressiert.

Die Bewerbung über den Verteiler der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler garantierte die Teilnahme von WissenschaftlerInnen aus sehr unterschiedlichen Fachrichtungen zur Erweiterung der Diskussion. Vor allem wurden auch junge WissenschaftlerInnen und SchülerInnen zur Auseinandersetzung mit dem Thema ermutigt. Insgesamt wurde die Tagung von mehr als 75 Personen besucht.

3) Zusammenfassung der Einzelbeiträge, Panel- und Podiumsdiskussionen

Donnerstag, 4. Oktober 2018

Eröffnungsvortrag: Zwischen globalen Machtverschiebungen, technologischem Wandel und neuen Grenzziehungen: Europäische Sicherheit im Kontext

Prof. Dr. Lothar Brock, Hessisches Institut für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), VDW

Eröffnet wurde die Tagung am Donnerstagmittag durch das VDW-Beiratsmitglied Prof. Dr. Lothar Brock. Er verortete die Diskussion um eine "europäische Sicherheit" und "kooperative Sicherheit" im internationalen Kontext und stattfindender globaler Machtverschiebungen. Er betonte dabei die nationalstaatliche Rückbesinnung sowie den Zerfall bestehender Regime als Herausforderung. Er ließ allerdings offen, ob es sich bei den gegenwärtigen Entwicklungen um einen Zerfall der liberalen Weltordnung oder um das Aufbrechen innerer Widersprüche solcher Regime handele (z.B. Kooperationsverweigerung, Ausbreitung eines autoritären Populismus). Er appellierte anstatt dessen an die Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen als Notwendigkeit, um überhaupt das Konzept gemeinsamer Sicherheit weiterentwickeln zu können.

Block A: Wo kommen wir her?

Kooperative Sicherheit in Europa: Konzept und Ansätze der Realisierung im Rückblick

Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität

Der Vortrag analysierte die Möglichkeit des Aufbaus einer gesamteuropäischen Friedensordnung nach Ende des Ost-West-Konflikts. Der Vortragende vertritt dabei die These, dass es zu keinem Zeitpunkt ein gemeinsames Verständnis von kooperativer Sicherheit zwischen den beteiligten Mächten gegeben hat (USA, Großbritannien einerseits und Russland andererseits). Darüber hinaus wird herausgearbeitet, dass die Ansätze zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung bereits 1993/94 mit der Einleitung der NATO-Öffnungspolitik gescheitert waren. Die asymmetrische Gestaltung der NATO-Russland Zusammenarbeit leitete das Scheitern einer nachhaltigen Kooperationsstruktur zwischen der Russischen Föderation und dem Westen ein. Abschließend betont der Vortrag, dass aus historischer Sicht ein gemeinsames basales Verständnis in Bezug auf Inhalte, Interessen und Institutionen notwendig ist, um eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung erreichen zu können. Dafür ist allerdings auch eine gründliche Aufarbeitung der Fehlentwicklungen der 1990er Jahre notwendig.

Der Weg in die Konfrontation: Vom Ende des Kalten Krieges zur Ukraine-Krise

Dr. Christian Nünlist, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

In seinem Vortrag behandelt er die Problematik der Beziehungen der westlichen Nationen zu Russland. Dabei stellt er fest, dass die russische Annexion der Krim und der Ausbruch der Ukrainekrise 2014 zu einer nachhaltigen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen und zu einer Militarisierung

europäischer Sicherheit geführt haben. Allerdings ist die Ukraine Krise nicht die Ursache für die derzeitigen Spannungen, sondern nur ein Symptom einer Entfremdung Russlands vom europäischen Sicherheitssystem. Die Ursachen des aktuellen Konflikts waren schon 1989/90 angelegt und stauten sich nach dem Kollaps der Sowjetunion und im Zuge der NATO-Osterweiterung und den Balkankriegen zu einem "Kalten Frieden" zwischen Russland und dem Westen an. Er stellt klar, dass die Folgen dieses langen, nicht gelösten Konflikts die Menschen in den „Zwischenländern“ wie Georgien oder der Ukraine tragen. Diese befinden sich in einer Unsicherheitszone außerhalb des NATO-Schirms und können weder autonom ihre Allianzfreiheit ausüben noch mit Russland und dem Westen wirtschaften.

Block B: Wo stehen wir heute?

Europäische Ordnung(en) – Verhältnis zwischen Russland und dem "Westen"

Dr. Gernot Eler, ehem. Russland-Beauftragter der Bundesregierung

Der Referent nimmt Bezug zu seinem Vorredner, indem er analysiert, dass der Ukraine Konflikt den Höhepunkt eines längeren Entfremdungsprozesses zwischen Russland und dem Westen markiert. Er betont dabei, dass das Vorhandensein von divergierenden Narrativen der Kern dieses Prozesses darstellt. Dieser wird begleitet von einem mehrstufigen militärischen Eskalationsprozess. Er appelliert an eine prioritäre Lösung des Ukraine Konflikts. Dafür sollen die Vereinten Nationen gestärkt und der UN-Sicherheitsrat reformiert werden. Auch die EU muss wieder handlungsfähig werden. Vor allem aber muss Vertrauen zwischen allen Parteien aufgebaut werden, damit größere Krisen verhindert werden können.

Das transatlantische Verhältnis, die NATO und die EU als sicherheitspolitischer Akteur

Dr. Hans-Georg Ehrhart, IFSH

Der Referent beginnt seinen Vortrag, in dem er feststellt, dass die transatlantischen Beziehungen in der Krise sind; selten gab es so viel Dissens zwischen den europäischen Mitgliedstaaten und den USA. Die Ursachen dafür sieht er nicht allein bei Trump, sondern sind insbesondere struktureller Natur: Der Abstieg der Weltmacht USA und ihren gesellschaftlichen Verwerfungen, die einen "Jacksonian" an die Macht brachten. Klar ist, dass die EU als sicherheitspolitischer Akteur wieder stärker agieren muss, allerdings mangelt es u.a. an einem gemeinsamen politischen Willen, einer klaren Strategie, einem europäischen Rüstungsmarkt und einer gemeinsamen Rüstungsplanung. Nichtsdestotrotz gibt er Politikempfehlungen, wie die EU über kurz- und langfristige Ziele zu einem stärkeren sicherheitspolitischen Akteur werden kann.

Die Position der Bundesregierung

Susanne Baumann, Auswärtiges Amt

Zu Beginn stellte die Rednerin klar, dass das sicherheitspolitische Umfeld in Europa so fragil sei wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Deshalb ist es ganz zentral für Deutschland, dass wir die europäische Sicherheitsordnung stärken und weiterentwickeln. Die Bundesrepublik möchte dabei die kooperative Sicherheit in Europa stärken; sie fokussiert dabei auf die Stärkung der OSZE und der NATO,

vor allem mit dem Wunsch, dass der NATO- Russland-Rat wieder regelmäßig tagt. Darüber hinaus macht sie klar, dass trotz aller aktuellen Spannungen und irritierender Töne im transatlantischen Verhältnis, für Deutschland die USA als sicherheitspolitischer Partner unersetzlich ist. Sowohl unsere innere als auch äußere Sicherheit beruhe maßgeblich auf dem Engagement und den Fähigkeiten der USA. Nachhaltige Sicherheit ist in Europa allerdings auch nicht ohne Russland möglich, auch wenn das Land nicht unbedingt für kooperative Sicherheit steht und bestimmte Grundprinzipien dieses Sicherheitskonzept immer wieder verletzt. Die Bundesregierung ist darüber hinaus sehr besorgt über das Brechen von wichtigen Rüstungskontrollverträgen durch Russland, wie z.B. KSE-Vertrag, Wiener Vertrag, Vertrag über den Offenen Himmel. Für Deutschland bedeutet dies, dass das Land mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die von Europa übernehmen muss. Dazu müssen allerdings die europäischen Sicherheitsinteressen zuerst klar definiert werden. Insgesamt steht Deutschland für den Aufbau von Vertrauen im sicherheitspolitischen Dialog mit Russland, für Allianzen in den unterschiedlichen Themenbereichen, für einen regelbasierten Multilateralismus, die Stärkung der Vereinten Nationen (als neues Mitglied ab Januar 2019) und die Stärkung der Rüstungskontrolle, v.a. Abkommen mit dem Iran, als Baustein für die regionale Sicherheit.

Freitag, 5. Oktober 2018

Block C: Wo wollen wir hin?

Vormittag: Forum I und II

Forum I: Zusammenspiel von konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle sowie der Rüstungsdynamik

Prof. Dr. Götz Neuneck, IFSH, VDW-Pugwash-Beauftragter

Das Forum diskutierte, welche Möglichkeiten für die Dämpfung des Wettrüstens und den Erhalt wichtiger Rüstungskontrollregelungen im nuklearen wie konventionellen Bereich realistisch wären und welche Akteure hierzu mit Vorschlägen beitragen können. Zu Beginn gab Götz Neuneck einen Überblick über den Stand und die Herausforderungen in der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dies sind zum einen die weltweiten Krisen (von Syrien bis Nordkorea, zwischen Russland und dem "Westen"). Zum anderen neue technische Entwicklungen, die Aufrüstungstendenzen fördern und bestehende Rüstungskontrollabkommen wie den INF-Vertrag oder das Nuklearabkommen mit dem Iran gefährden. Eine wichtige Rolle kommt hierbei der Politik und dem Staat zu. Der politische Wille für multilaterale Verhandlungen und Vereinbarungen muss vorhanden sein. Allerdings können auch weitere Akteure mit Vorschlägen zu den Bereichen Abrüsten und Rüstungskontrolle beitragen, darunter die Zivilgesellschaft, wie beim Zustandekommen des Atomwaffenverbotvertrages (Ban Treaty) deutlich wurde.

In der Diskussion wurden zunächst die Möglichkeiten und Grenzen des Nuclear Ban Treaty diskutiert, in dem 122 Staaten die Norm einer atomwaffenfreien Welt schaffen wollen. Allerdings fehlt die Partizipation der Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten, darunter auch Deutschland. Der Versuch,

Völkerrecht durch eine Koalition der Willigen zu schaffen, ist auch in anderen Bereichen relevant (etwa beim Arms Trade Treaty).

Forum II: Konturen einer gemeinsamen europäischen Ordnung

Dr. Wolfgang Zellner, IFSH

Das Forum rückte das Tagungsthema selbst in den Fokus. Ambivalente Schlüsselbegriffe wie "europäisch" und "Ordnung" sind offenkundig und wurden thematisiert. Zu Beginn skizzierte Wolfgang Zellner das strategische Umfeld Deutschlands. Es ist geprägt durch den Rückzug der USA als Sicherheits- und Stabilitätsgarant und verbunden mit dem Eintritt Chinas und gegebenenfalls der EU, wenn diese in der Lage ist, ihre gegenwärtige Existenzkrise zu überwinden. Die Hauptkonfliktlinie liegt auf den Beziehungen zwischen USA und China, nicht zwischen dem Westen und Russland, wobei der Tiefpunkt in dieser Beziehung noch nicht erreicht ist. Allerdings existiert kein strategischer Dialog zwischen Russland und Europa, außer über die OSZE. Die europäische Entweder-Oder-Position in der Aufteilung der Sphären wirtschaftlicher Kooperation gegenüber Russland führt zu Krieg. Dies wurde angesichts des Nachbarschaftsabkommen mit der Ukraine gelernt.

Während der Diskussion wurde die Wirtschaft als Problemfaktor angesprochen. Dabei wurde sie in der Rolle des Problemverstärkers gesehen. Der Einfluss Chinas in Europa wurde kritisch gesehen, vor allem durch die Wirtschaftsstrategie mit den einzelnen Ländern zu verhandeln, wobei die kooperative Basis der EU unterwandert wird. Der Grund hierfür ist das unterschiedliche Kapitalismus Verständnis in China und der EU. Auch der Rückzug der USA im Rahmen der Rüstungsverträge sowie die aktuellen Wirtschaftsstrategien wurden mit Sorge betrachtet.

Nachmittag: Forum III und IV

Forum III: Zur künftigen Aufstellung der wissenschaftlichen Sicherheitspolitikberatung sowie der Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Michael Brzoska, IFSH, VDW

Das Forum thematisierte den angestrebten Ausbau wissenschaftlicher Beratung im Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik, den Einfluss eher konservativ ausgerichteter Einrichtungen sowie die Frage nach einer möglichen Positionierung der VDW. Michael Brzoska gab in seinem Impulsreferat einen Überblick über die Geschichte der Wissenschaft Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Als Problem identifizierte er, dass die Politik schnelle Antworten fordere, Studien mit Zeitaufwand allerdings nicht finanziert werden, trotz ihrer besseren Antwortmöglichkeiten. Darüber hinaus ist die Friedens- und Konfliktforschung stark parteipolitisch geprägt. Im aktuellen Koalitionsvertrag von 2018 bleibt Friedens- und Konfliktforschung unerwähnt, trotz der aktuellen Situation und der häufigen Nennung von Sicherheitspolitik

Bei der Diskussion war ein großer Punkt die Rolle der Medien und deren Unkenntnis bzw. die geringe Berichterstattung. Dazu gehört auch die fehlende Initiative der Wissenschaft in den Medien, um die Anwesenheit und das Image der Wissenschaft zu einen zu verbessern, und zum anderen um dadurch die Zivilgesellschaft zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird als sehr wichtig

erachtet, da sie Einfluss üben und Entscheidungsprozesse ändern kann. Ein weiterer Punkt war, die Europäisierung der Friedens- und Konfliktforschung in Form eines non-proliferation Networks. Während der Diskussion wurde auch das Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) erwähnt, welches zwar die besprochenen Herausforderungen nenne, aber keine konkreten Lösungskonzepte enthalte. Nach Einschätzung von Brzoska sei diese Lücke politisch gewollt, da es dadurch eine gewisse Flexibilität gäbe.

Forum IV: Zivilgesellschaft und zivilisierte Sicherheitspolitik

Prof. Dr. Konrad Raiser, ehem. Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen & Ralf Becker, Gewaltfrei handeln e.V.

Das Forum widmete sich der Frage nach Sicherheit innerhalb der Zivilgesellschaft. Die zivilisierte Sicherheitspolitik zielt auf eine Transformation des Konflikts durch Dialog und Vertrauensbildung ab. Konrad Raiser kritisierte in seinem Impulsvortrag die staatlicherseits zu eng geführte „nationale Sicherheit“ und plädierte für eine Schwerpunktverlagerung und ein positives Verständnis hin zur „menschlichen Sicherheit“ bzw. zivilisierter Sicherheitspolitik, die auch Fragen von Flucht, Migration und Klimawandel mit einbeziehen. Ralf Becker erläuterte die Ergebnisse der Studie „Sicherheit neu denken“ (https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html), die 2018 im Auftrag des evangelischen Oberkirchenrates veröffentlicht wurde.

In der Diskussion wurde geäußert, dass ein tiefgreifender Bewusstseinswandel nötig sei, um die geforderte Sicherheitspolitik durchzusetzen. Der zivilisierten Sicherheitspolitik liegt ein anderes Verständnis zugrunde als dem bisher favorisierten „Abschreckungsfrieden“. Es wurde kritisiert, dass die nukleare Komponente (in der Studie) vergessen sei bzw. dass der Ansatz einem deutschen Inseldenkens entspringe. Darüber hinaus wurden die Mechanismen der Wirtschaft mehrmals angesprochen, die ihren Teil zur prekären Weltlage beitragen. Auch bleibt die Frage, ob ein Ansatz „von unten nach oben“ wirklich praktikabel sei. Es gab ein Plädoyer für eine „neue Aufklärung“, ein Ernstnehmen von „konkreten Visionen“ und mehr „Responsivität statt Resilienz“. Es ist ein besonderes Merkmal der gemeinsamen Sicherheit, Sicherheit im 21. Jahrhundert „neu zu denken“. Dies gelinge nur miteinander im Hinblick auf eine Verbesserung der menschlichen Sicherheit. Es ginge nicht um Abwehr, sondern Affirmation.

Alle Beiträge stehen in Form von One-Pagern auf der VDW-Webseite zum Download zur Verfügung (siehe 4b).

4) Gesamtergebnis der Tagung

Ziel der Tagung war es zum einen, mit einer thematisch breit angelegten öffentlichen Programm den Hintergrund für aktuelle sicherheitspolitische Spannungen in Europa, die Irritationen im transatlantischen Verhältnis und zu Russland sowie die Bemühungen der EU um eine Neuorientierung der eigenen Verteidigungspolitik aufzuspannen, um die Frage nach Alternativen zu einer Fortschreibung der Konfrontation zu schärfen und Orientierung im Umgang mit ihr zu bieten. Diesem Themenkomplex wurde in den ersten beiden Teilen der Tagung nachgegangen: A) Wo kommen wir her? und B) Wo stehen wir heute? Im dritten Teil ging es schließlich um die Frage: Wo wollen und

können (!) wir hin? Auch wenn sich diese Fragen durch die Tagung nicht abschließend beantworten ließen, konnten diese für eine Weiterführung der Debatte aufgearbeitet und genutzt werden. Den Rahmen für diese Weiterführung bietet die neu eingerichtete VDW-Studiengruppe "Europäische Sicherheit und Frieden", die sich in Vorbereitung und mittels der Tagung konstituiert hat. Diese hat bis dato sechs Mal getagt und ein Arbeitsprogramm beschlossen, aus dem unterschiedliche Publikationen hervorgehen werden (siehe dazu unter b.).

b. Ergebnisverwendung/Veröffentlichungen

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. veröffentlichte die Ergebnisse der Tagung auf ihrer Webseite unter <https://vdw-ev.de/portfolio/vdw-jahrestagung-2018/?portfolioCats=280>. Dort sind One-Pager zu allen Vorträgen einsehbar, eine Zusammenfassung aller vier Foren, sowie das Programm und Fotos zur Tagung.

Das THG Hagen veröffentlichte als VDW-Kooperationsschule einen Bericht, der durch die anwesenden Schülerinnen und Schüler verfasst wurde: <http://thgmedia.de/category/vdw-kooperation>.

Weitere Veröffentlichungen werden im Rahmen der Aktivitäten der VDW-Studiengruppe "Europäische Sicherheit und Frieden" stattfinden. Diese hat Arbeitsprogramm aus drei Elementen beschlossen. (1) Abräumen von Mythen, welche in der Diskussion in der Friedens- und Sicherheitspolitik präsent sind – eine Artikelsammlung. Diese wird im Juni und Juli 2019 auf der VDW-Webseite veröffentlicht werden, begleitet durch die Bespielung der *Social Media* Kanäle der VDW (Facebook und Twitter). (2) Stellungnahme zur Krise der Rüstungskontrollpolitik, aus Anlass der INF-Kündigung. (3) Memorandum zur Krise bzw. dem Scheitern der kooperativen Sicherheitspolitik in Europa nach 1990. Diese dazu auch online unter: <https://vdw-ev.de/europ-sicherheit-frieden/>.

c. Abstract

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. (VDW) führte in Zusammenarbeit mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) die von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten Tagung „Sicherheit statt Militarisierung in Europa. Für eine Neubegründung des Konzepts gemeinsamer Sicherheit" am 4. und 5. Oktober 2018 in der Hamburger Landesvertretung Berlin durch.

Die Tagung fragte nach den Möglichkeiten einer Neubegründung des Konzepts gemeinsamer Sicherheit als Lösungsoption für die aktuellen sicherheitspolitischen Spannungen in Europa, den Irritationen im transatlantischen Verhältnis und zu Russland sowie den Bemühungen der EU um eine Neuorientierung der eigenen Verteidigungspolitik. Ziel der Tagung war es, die Fachdiskussion über diese Herausforderungen weiter voranzutreiben und in Verbindung mit der Etablierung einer Studiengruppe der VDW zur gemeinsamen Sicherheit in Europa eine themenspezifische Vernetzung unterschiedlicher Expertisen (Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft) zur Stärkung inklusiver (statt abgrenzender) Ansätze der Sicherheitspolitik zu stärken.

Dazu setzte die Tagung am ersten Tag auf einen inhaltlich stark beschränkten Plenarteil mit Vorträgen und anschließenden Plenardiskussionen. Dieser beleuchtet die gegenwärtige Scheidewegssituation für die klassische Sicherheitspolitik in der tripolaren Gabelung: Europa vs. Russland und Europa vs. USA wurde in Herkunft und gegenwärtiger Zuspitzung. Für den zweiten Tag wurde das Format der Foren gewählt. Diese dienten als Input für die Arbeitsfelder und Fragestellungen, die die neue Studiengruppe bearbeiten soll. Dazu wurden bewusst zwei eher konventionelle Themen der Sicherheitspolitik (Rüstungskontrolle und OSZE) und zwei Themen - wissenschaftliche Sicherheitspolitikberatung und zivilisierte Sicherheitspolitik – gewählt, die den Blick auf das Themenfeld öffnen sollten.

Hierzu brachte die Tagung (1) Wissenschaftler*innen und Nachwuchswissenschaftler*innen aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen zusammen (2) politische Institutionen und Organisationen und (3) die interessierte Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen. Die Tagung wurde von mehr als 75 Personen besucht. Das Publikum zeichnete sich insbesondere durch eine große Heterogenität an Expertisen und Wissensständen sowie Intergenerationalität aus.

Die geplante Studiengruppe der VDW, für deren Arbeit die Tagung als Vorbereitung und Startraum dienen sollte, hat sich inzwischen konstituiert, und hat bis heute fünf Mal getagt. Die Gruppe trägt den Namen "Europäische Sicherheit und Frieden" und hat ein Arbeitsprogramm aus drei Elementen beschlossen. (1) Abräumen von Mythen, welche in der Diskussion in der Friedens- und Sicherheitspolitik präsent sind – eine Artikelsammlung. (2) Stellungnahme zur Krise der Rüstungskontrollpolitik, aus Anlass der INF-Kündigung. (3) Memorandum zur Krise bzw. dem Scheitern der kooperativen Sicherheitspolitik in Europa nach 1990. Die ersten beiden Beiträge werden zum Sommer 2019 veröffentlicht werden.